

KAMPF DEN SCHLEPPERN

Beobachten, Durchsuchen, Ausschalten: Die EU will in drei Phasen militärisch gegen Schlepper im Mittelmeer vorgehen – auch eine österreichische Beteiligung an der Mission ist geplant. **Text: JÜRGEN ZACHARIAS**

Angesichts der Flüchtlingskrise im Mittelmeer mit Tausenden Toten will die Europäische Union nun militärisch gegen die Schlepper vorgehen. Am 18. Mai beschlossen die EU-Außenminister die Marinemissi-

on EUNAVFOR Med, die in drei Phasen ablaufen und sogar Einsätze von Spezialeinheiten in libyschen Häfen und anderswo am Festland möglich machen soll. Ziel der EU-Flotte sei es jedenfalls, „das Geschäftsmodell der Schmuggler zu zerschlagen“, sagte die EU-Außenbe-

GASTKOMMENTAR

VORDERGRÜNDIG & INEFFEKTIV!

KLAUS J. BADE ist Migrationsforscher, Publizist, Politikberater und war Begründer des Osnabrücker Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien.

Der in der EU-Migrationsagenda vorgesehene „Kampf gegen organisierte Schlepperbanden“ ist als solcher wichtig, im Blick auf den damit verfolgten Zweck aber vordergründig, unzureichend und ineffektiv. Denn an die Stelle der Bekämpfung der Fluchtursachen in den Ausgangsräumen tritt hier die Bekämpfung der Symptome. Schleuserboote schon vor den nordafrikanischen Küsten zu zerstören, wäre nur eine Art bellizistischer Showeffekt im Sinne von militärischem „Schiffchen versenken“; denn die Schleuserboote sind als Totalverlust einkalkuliert. Die Rechnung der Schlepperorganisationen ginge also auch auf, wenn die Flüchtlinge dann an Bord von EU-Einsatzschiffen Europa erreichen würden. Unvertretbar wäre die Gefährdung der Flüchtlinge an Bord der verfolgten Boote von Schleppern, die mit allen Mitteln versuchen werden, sich der Festnahme zu entziehen – bei Schlauchbooten mit starken Motoren beispielsweise durch das bekannte beidseitige „Abwerfen“ der Passagiere, bei größeren Schiffen mit Beiboot etwa durch die Versenkung des Schiffes. In beiden Fällen verwandelt dieses Vorgehen die Verfolger zwangsläufig in Retter, was die Verfolgung der flüchtenden Täter behindert. Eine Zerstörung von verdächtigen Transportmitteln an Land wiederum wäre ein Eingriff in die Souveränitätsrechte Libyens, wofür es ein UN-Mandat kaum geben dürfte, zumal die international anerkannte Regierung des krisengeschüttelten Landes sich eine solche Intervention schon verboten hat.



PHASE 1: BEOBACHTEN

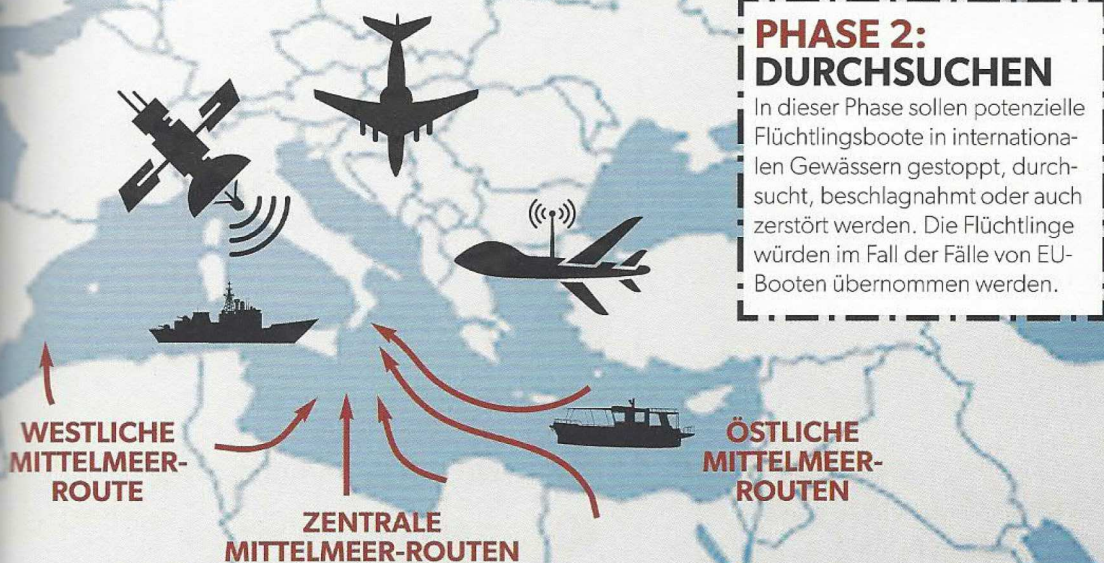
In einem ersten Schritt gilt es die Situation möglichst genau zu analysieren. Mithilfe von Schiffen, Überwachungsflugzeugen, Drohnen und Satelliten will man sich ein Bild von der Lage an der libyschen Küste machen und den Aktivitäten der Schlepper auf die Schliche kommen, um ihre Routen und Vorgangsweisen nachvollziehen zu können. Anschließend werden die Informationen über das vom italienischen Konteradmiral Enrico Credendino geführte Missions-Hauptquartier in Rom an alle beteiligten Länder weitergeleitet. Die Kosten für die Mission werden aktuell auf 11,82 Millionen Euro geschätzt – damit sollen eine zweimonatige Startphase und ein erstes Mandat von zwölf Monaten abgedeckt sein.



auftragte Federica Mogherini. Dazu sollen „systematisch“ Schiffe und Vermögenswerte „identifiziert, beschlagnahmt und zerstört“ werden, „bevor sie von den Schmugglern eingesetzt werden“.

Obwohl der endgültige Startschuss für die Mission mit Ende Juni gegeben werden soll, laufen die Planungen unter dem Kommando von Enrico Credendino auf Hochtouren. Der italienische Konteradmiral hat für seinen Stab 170 Experten aus 15 EU-Staaten angefordert, darunter auch vier österreichische Offiziere. Deren Entsendung lässt mit Redaktionschluss wegen des Fehlens eines EU-Mandats für die Mission allerdings noch auf sich warten – ein politischer Grundsatzbeschluss dafür ist jedenfalls vorhanden. „Wir unterstützen politisch die Mission im Kampf gegen die Schlepper“, sagte Verteidigungsminister Gerald Klug kurz nach Bekanntwerden der Pläne. Den Fokus sehe er allerdings mehr bei

DER 3-PHASEN-PLAN VON EUNAVFOR MED



PHASE 2: DURCHSUCHEN

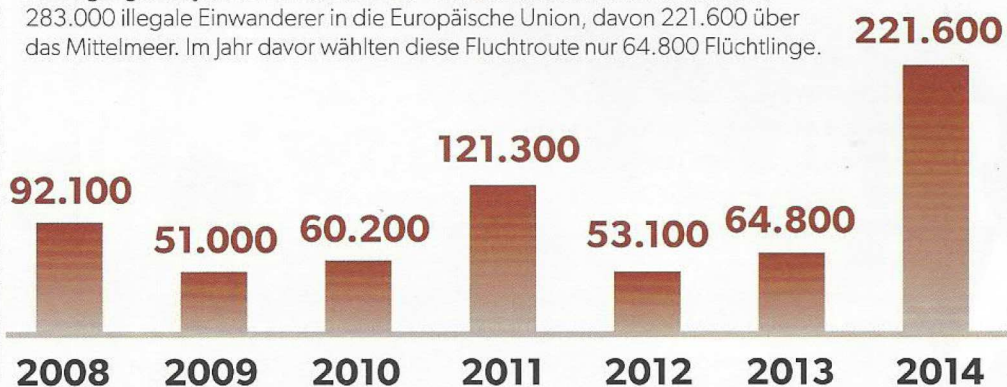
In dieser Phase sollen potenzielle Flüchtlingsboote in internationalen Gewässern gestoppt, durchsucht, beschlagnahmt oder auch zerstört werden. Die Flüchtlinge würden im Fall der Fälle von EU-Booten übernommen werden.

PHASE 3: AUSSCHALTEN

Als mögliche weitere Stufe ist vorgesehen, das Problem „an seiner Wurzel“ zu bekämpfen. Die Schiffe sollen dafür auch direkt vor der libyschen Küste und in Häfen zum Einsatz kommen, was allerdings die Zustimmung der Regierung des afrikanischen Landes voraussetzt. Libyen hat dies in Person von Außenminister Mohammed al-Dairi bis zum Redaktionsschluss allerdings abgelehnt. In weiterer Folge könnten dann Spezialkräfte auch an Land gegen die Menschenhändler vorgehen.

ZAHL DER FLÜCHTLINGE: STEILER ANSTIEG

Im vergangenen Jahr kamen laut der EU-Grenzschutzbehörde Frontex rund 283.000 illegale Einwanderer in die Europäische Union, davon 221.600 über das Mittelmeer. Im Jahr davor wählten diese Fluchtroute nur 64.800 Flüchtlinge.



MEINUNG

„DIE GRUNDSÄTZLICHE POSITION ÖSTERREICHS IST KLAR: WIR UNTERSTÜTZEN POLITISCH DIE MISSION IM KAMPF GEGEN DIE SCHLEPPER.“

VERTEIDIGUNGSMINISTER GERALD KLUG



Quelle: Frontex

Fotos: Getty Images, 123rf, Bundesheer/Harald Minich, beige stellt

MEINUNG

„DIE SCHLEPPERBANDEN WIRD MAN LANGFRISTIG NUR BEHERRSCHEN KÖNNEN, WENN MAN DIE URSACHEN DIESER FLÜCHTLINGSSTRÖME BEKÄMPFT.“

BUNDESWEHR-GENERALINSPEKTEUR VOLKER WIEKER



MEINUNG

„DER RICHTIGE WEG, UM SCHLEPPERN IHRE GESCHÄFTSGRUNDLAGE ZU ENTZIEHEN, IST ES, LEGALE WEGE NACH EUROPA ZU ÖFFNEN.“

PRO ASYL-GESCHÄFTSFÜHRER GÜNTER BURKHARDT



MEINUNG

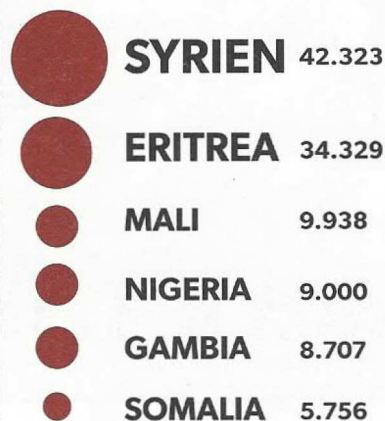
„WIR MÜSSEN DAS GESCHÄFTSMODELL DER SCHLEUSER ZERSTÖREN UND IHNEN DIE SCHIFFE NEHMEN, DIE DIE GRUNDLAGE FÜR DEN MENSCHENHANDEL SIND.“

EU-AUSSENBEAUFTRAGTE FEDERICA MOGHERINI



HERKUNFTSLÄNDER DER MITTELMEER-FLÜCHTLINGE 2014

Im vergangenen Jahr flohen insgesamt 221.600 Menschen über das Mittelmeer nach Europa, davon mehr als 170.000 nach Italien.



Oben angeführt ist die Zahl der in Italien angekommenen Flüchtlinge 2014 nach Hauptherkunftsländern gereiht.

Aufklärung und Rettung als in der umstrittenen Zerstörung von Schlepperbooten: „Dass Flüchtlinge durch die Mission zu Schaden kommen, ist nicht akzeptabel.“

Wann ein UN-Mandat für die Mission zu erwarten ist, vermag derzeit niemand zu sagen – UN-Generalsekretär Ban Ki-moon zeigte sich diesbezüglich zuletzt skeptisch. Als Stolperstein könnte sich dafür vor allem die libysche Regierung erweisen, die für ihre Zustimmung (ohne die Russland und China im UN-Sicherheitsrat mit einem Veto drohen) verlangt, dass die EU über den Einsatz ausschließlich mit ihr und nicht auch mit Rebellenmilizen verhandelt. Diese kontrollieren aktuell allerdings große Teile des nordafrikanischen Landes, insbesondere auch großflächige Küstenabschnitte, die zentraler Teil der Mission wären. Zumindest war nach dem jüngsten Zusammentreffen der italienischen EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini mit dem libyschen Außenminister Mohammed al-Dairi von „konstruktiven Gesprächen“ die Rede.

GASTKOMMENTAR

SICHERHEITSPOLITISCHES ZIEL

THOMAS MAYER ist Brüssel-Korrespondent des *Standard*, der Kommentar ist am 18. Mai im *Standard* erschienen.

Der Einsatz militärischer Kräfte zur Verhinderung von weiteren Flüchtlingskatastrophen im Mittelmeer ist prinzipiell legitim. Es wäre geradezu zynisch, wenn die europäische Staatengemeinschaft jetzt nicht alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen würde, um Tausende Menschenleben zu retten, die im aktuellen Chaos der Fluchtwellen aus den Kriegs- und Krisengebieten des Nahen Ostens und Nordafrikas auf dem Spiel stehen.

Die warme Sommerzeit ist Flüchtlingszeit. Das wussten die Regierungen in den EU-Staaten seit Langem. Aber niemand fand es der Mühe wert, sich rechtzeitig darauf vorzubereiten, die zivilen Mittel aufzustocken, die Küstenwachen (und Aufnahmelager) entsprechend auszurüsten. Nun muss man auf das zurückgreifen, was man hat: Soldaten, Schiffe, Satelliten und anderes militärisches Gerät in den Armeen, um die Aufgabe akut bewältigen zu können. Die Lage unterscheidet sich diesbezüglich gar nicht so sehr von jener bei anderen Katastropheneinsätzen. Da muss man sich keine Illusionen machen.

Ganz anders verhält es sich aber, wenn es um die Zerstörung der Boote der Schlepperbanden geht. Dabei geht es nicht nur um humanitäre Aspekte und Flüchtlinge, wie nun behauptet wird. In Wahrheit befürchten die Regierungen, dass die Terroristen des IS Libyen im Schatten des Flüchtlingsdramas ganz „übernehmen“ könnten. Der Militäreinsatz hat auch ein sicherheitspolitisches Ziel.

